

Georg Vobruba

# Entkoppelung von Arbeit und Einkommen

Das Grundeinkommen  
in der Arbeitsgesellschaft

2., erweiterte Auflage

ARBEIT GRENZEN POLITIK HANDLUNG METHODEN GEWALT SPRACHE WISSEN  
SCHAFT DISKURS SCHICHT MOBILITÄT SYSTEM INDIVIDUUM KONTROLLE  
ZEIT ELITE KOMMUNIKATION WIRTSCHAFT BERECHTIGKEIT STADT WERTE  
RISIKO ERZIEHUNG GESELLSCHAFT RELIGION UMWELT SOZIALISATION  
RATIONALITÄT VERANTWORTUNG WIRTSCHAFT PROZESS LEBENSSTIL DELIN



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Georg Vobruba

Entkoppelung von Arbeit und Einkommen

Georg Vobruba

# Entkoppelung von Arbeit und Einkommen

Das Grundeinkommen  
in der Arbeitsgesellschaft

2., erweiterte Auflage



**VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN**

Bibliografische Information Der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über  
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

1. Auflage April 2006  
2., erweiterte Auflage Mai 2007

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2007

Lektorat: Frank Engelhardt / Katrin Schmitt

Der VS Verlag für Sozialwissenschaften ist ein Unternehmen von Springer Science+Business Media.  
[www.vs-verlag.de](http://www.vs-verlag.de)



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-15471-8

# Inhalt

<i>Vorwort</i> .....	7
Recht auf Arbeit?	
Wider die unheilige Allianz der Profit- und Beschäftigungsmaximierer .....	11
Die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen .....	31
Arbeiten und Essen. Die Logik im Wandel des Verhältnisses von gesellschaftlicher Arbeit und existentieller Sicherung im Kapitalismus .....	47
Entwicklung und Stand der deutschen Diskussion um ein garantiertes Grundeinkommen.....	73
Wege aus der Flexibilisierungsfalle. Die Verbindung von Arbeitszeitverkürzung, Flexibilisierung und garantiertem Grundeinkommen .....	95
Der Arbeitsmarkt – ein Markt? .....	111
Ende der Vollbeschäftigungsgesellschaft.....	119
Income Mixes. Die neue Normalität nach der Vollbeschäftigung .....	147
Politik in der Beschäftigungsfalle .....	165
Gute Gründe reichen nicht.	
Zur neuen Diskussion eines garantierten Grundeinkommens .....	177
Zielgenauigkeit versus Akzeptanz.	
Das Realisationsdilemma der Grundeinkommensidee. ....	191
Die flexible Arbeitsgesellschaft .....	205
<i>Nachweise</i> .....	227

## **Vorwort zur zweiten, erweiterten Auflage**

Das garantierte Grundeinkommen wird vom Diskussions- zum Bewegungsthema. Aber gerade angesichts der zunehmenden Politiknähe ist es wichtig, präzise zu argumentieren und Reflexionsverzichten entgegen zu wirken. Aus diesem Grund habe ich die Neuauflage genützt, um einen neuen Beitrag in den Band aufzunehmen, in dem es um das Verhältnis von Argumenten, Akzeptanz und politischem Engagement für ein Grundeinkommen geht.

Leipzig im März 2007

Georg Vobruba

## **Vorwort zur ersten Auflage**

Für die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen zu argumentieren, erübrigt sich. Dieser Prozess findet ohnehin statt, er wird aber kaum verstanden und keineswegs politisch angemessen reguliert. In diesem Band sind meine Beiträge zur Analyse der Entkoppelung von Arbeit und Einkommen gesammelt, sowie zu den Versuchen, sie in geregelte Bahnen zu lenken. Die folgenden Grundmotive verbinden alle Beiträge. Erstens: Vollbeschäftigung im traditionellen Sinn ist im Kapitalismus historisch und systematisch unwahrscheinlich. Dass sich die seit mehr als einem Vierteljahrhundert anhaltenden Probleme von Arbeit und Einkommen in Vollbeschäftigung wieder auflösen werden, ist nicht zu erwarten. Zweitens: Die entscheidende Ursache dafür ist die Sonderstellung des Arbeitsmarktes. Die Beweislast für diese These hat die Theorie des Arbeitsmarktes als Umschlagsplatz für Arbeit als fiktive Ware zu tragen. Und drittens: Es geht um die Analyse von sozialen Entwicklungen, nicht um normativ unterfütterte politische Postulate.\*

Es ist eine interessante, aber auch irritierende Erfahrung, mit eigenen Beiträgen aus über 25 Jahren konfrontiert zu sein. Ich hoffe, dass die kompakte Präsentation in diesem Band Kontinuität *und* Wandel meiner Überlegungen zum

---

\* Für ihre Hilfe bei der Fertigstellung des Manuskripts danke ich Karin Lange. Das gilt auch für die zweite Auflage.

Thema sichtbar macht. Darüber hinaus denke ich, dass die Beiträge einen der intensivsten sozialwissenschaftlichen Diskurse der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart erschließen. Den daran beteiligten Kolleginnen und Kollegen habe ich viel zu verdanken. Man sieht in diesem Fall besonders deutlich: Wissenschaft ist ein kommunikativer Prozess mit monologischer Auswertung.

Leipzig im Februar 2006

Georg Vobruba

*Ökologieproblematik und sich verfestigende Arbeitslosigkeit bestimmten den gesellschaftlichen Erfahrungshintergrund in der zweiten Hälfte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts. Ich habe in diesem Text versucht, beides miteinander zu verbinden. Es ging um die Kritik an jenen unredlichen Positionen, die mit der Forderung nach einem Recht auf Arbeit durch die Hintertür zu planwirtschaftlichen Ansätzen kommen wollten, um die Verarbeitung beunruhigender Konfrontationen zwischen Arbeitern und Umweltschützern. Und es ging – schon damals – um die Preisgabe von Politik im Namen von Jobs, Jobs, Jobs.*

*Allerdings, die Aktualität der Ausführungen sollte man keineswegs dem Text zugute halten, sondern allenfalls den Verhältnissen vorwerfen. Tatsächlich war die politische Verwaltung des gesellschaftlichen status quo seitdem doppelt erfolglos: Weder hat sich die vormalige Ordnung der Vollbeschäftigungsgesellschaft wieder herstellen lassen, noch ist es gelungen, aus den Problemen etwas Neues zu machen. So ist die Aktualität des Textes Beleg für den zähen sozialen Wandel seit mehr als einem Vierteljahrhundert.*



## **Recht auf Arbeit? Wider die unheilige Allianz der Profit- und Beschäftigungsmaximierer**

Seit Vollbeschäftigung nicht mehr selbstverständliches Nebenprodukt einer expandierenden Wirtschaft und einer auf Expansion setzenden Wirtschaftspolitik ist, sondern sich zusehends Unterbeschäftigung zu einem gesellschaftlichen und politischen Dauerproblem verfestigt, werden Forderungen nach einem staatlich garantierten *Recht auf Arbeit* laut (vgl. dazu umfassend Rath 1974). Solche Forderungen kommen vor allem aus Kreisen der Sozialdemokratie, und zwar aus Gruppen, die sich selbst als fortschrittlich innerhalb der Sozialdemokratie verstehen. Ich habe die Absicht, im Folgenden die politische Unangemessenheit der Forderung nach einem Recht auf Arbeit darzulegen, ihre – im Wortsinne – reaktionäre Stoßrichtung.

Im Orientierungsrahmen '85 der SPD steht: „Vollbeschäftigung in allen Regionen unseres Landes zu sichern, ist die Grundforderung unserer Wirtschaftspolitik.“ (Oertzen et al. 1976: 48) Ebenso offiziell verkündet die Sozialistische Partei Österreichs, was das Problem sei: „Technologische Entwicklungen drohen die Beschäftigungsmöglichkeiten ganzer Wirtschaftszweige zu vernichten.“ (SPÖ 1978: 54) Die Wirtschaft wächst weiter, aber das Wachstum des Beschäftigungsvolumens kann nicht mehr mithalten. „Trotz wachsender Wirtschaft haben wir in der Bundesrepublik in den letzten Jahren fast zwei Millionen Arbeitsplätze verloren. Das Ausmaß der Rationalisierungsinvestitionen beginnt dauerhaft, das Ausmaß der Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen zu übersteigen.“ (SPD Schleswig-Holstein 1977: 200) Rationalisierungsinvestitionen – so hört man – sind also der Kern des Problems.

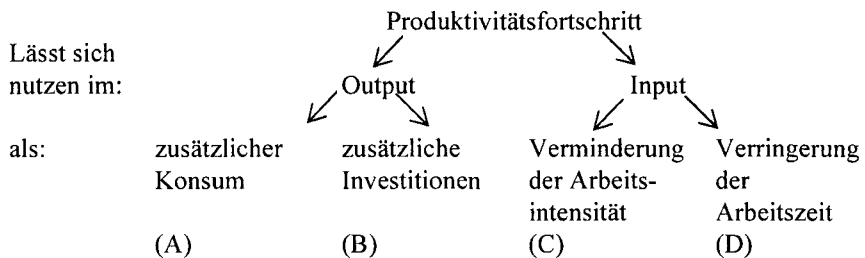
Nun ist das Phänomen, dass Wirtschaftswachstum und Beschäftigungswachstum nicht parallel verlaufen, alles andere als neu. Schon Marx wusste: „Die Nachfrage nach Arbeit ist nicht identisch mit Wachstum des Kapitals, die Zufuhr der Arbeit nicht mit dem Wachstum der Arbeiterklasse, so daß zwei voneinander unabhängige Potenzen aufeinander wirken. Les dés sont pipés.“ (Marx 1968: 669) Denn: „Mit dem Wachstum des Gesamtkapitals wächst zwar auch

sein variabler Bestandteil, oder die ihm einverleibte Arbeitskraft, aber in beständig abnehmender Proportion.“ (ebd.: 658).

Es ist dies allerdings durchaus keine Katastrophe – genauer: es muss keine sein. Betrachtet man den Vorgang zunehmender Rationalisierung der Güterproduktion gesellschaftsunspezifisch, so stellt er sich keineswegs als Unglück dar. In der fortschreitenden Rationalisierung und ihrem Ergebnis, der Ausstattung jedes Arbeitsplatzes mit zunehmend mehr Maschinerie und dementsprechender Steigerung der Arbeitsproduktivität, ist erst einmal eine Manifestation gesellschaftlichen Fortschritts zu sehen. Es „drückt sich der gesellschaftliche Produktivgrad der Arbeit aus im relativen Größenumfang der Produktionsmittel, welche ein Arbeiter, während gegebener Zeit, mit derselben Anspannung von Arbeitskraft, in Produkt verwandelt“ (ebd.: 650). Man wird sich rasch darüber einigen können, dass die Möglichkeit „während gegebener Zeit, mit derselben Anspannung von Arbeitskraft“ mehr Güter produzieren zu können, erstrebenswert ist: Ist doch damit der ärgerliche Umstand der prinzipiellen Knappheit der Güter ein Stück gemildert.

Wer das meint, muss noch lange nicht Wachstumsfetischist sein und die Mehrung materiellen Wohlstands für das höchste Ziel menschlichen Tuns halten. Mehrproduktion bei gleich bleibendem Arbeitseinsatz ist nämlich nur eine Möglichkeit, wie der gesellschaftliche Produktivitätszuwachs konkret nutzbar gemacht werden kann. Insgesamt bieten sich vier Versionen, in denen der gesellschaftliche Produktivitätsfortschritt seinen konkreten Niederschlag finden kann. Man kann mit gegebenem Arbeitseinsatz mehr produzieren. Der solcherart auf der Output-Seite genutzte Produktivitätsfortschritt kann entweder in (A) zusätzlicher Konsumgüterproduktion oder in (B) zusätzlicher Investitionsgüterproduktion realisiert werden. Ebenso lässt sich der Produktivitätsfortschritt auf der Input-Seite der Produktion, beim Arbeitseinsatz nutzen. Das heißt, dass ein gegebenes Produktionsniveau mit verringertem Arbeitseinsatz erreicht werden kann. „Verringerter Arbeitseinsatz“ bedeutet, dass entweder die Intensität der Arbeit (C) bei gegebener Arbeitszeit gemindert wird oder dass – bei gleich bleibender Arbeitsintensität – (D) die Arbeitszeit reduziert wird.

Schematisch:



Diese Möglichkeiten gelten abstrakt – in dem Sinne: von der konkreten gesellschaftlichen Organisationsform der Produktion absehend. Wie aber stellen sich Rationalisierung und Produktivitätsfortschritt eingebettet in kapitalistische Produktionsverhältnisse dar? Unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen wird der Produktivitätsfortschritt zweischneidig: „Das Gesetz, wonach eine immer wachsende Masse von Produktionsmitteln, dank dem Fortschritt in der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, mit einer progressiv abnehmenden Ausgabe von Menschenkraft in Bewegung gesetzt werden kann – dies Gesetz drückt sich auf kapitalistischer Grundlage, wo nicht der Arbeiter die Arbeitsmittel, sondern die Arbeitsmittel den Arbeiter anwenden, darin aus, daß je höher die Produktivität der Arbeit, desto größer der Druck der Arbeiter auf ihre Beschäftigungsmittel, desto prekärer also ihre Existenzbedingungen: Verkauf der eigenen Kraft zur Vermehrung des fremden Reichtums oder zur Selbstverwertung des Kapitals.“ (Ebd.: 674)

Nun liegt die Tatsache, dass unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen der gesellschaftliche Produktivitätszuwachs nicht zu konkret nutzbarem gesellschaftlichen Fortschritt führt, sondern ganz im Gegenteil gerade die Existenz einzelner Lohnabhängiger zu gefährden droht, nicht am bösen Willen irgendwelcher Kapitalisten. Sie liegt vielmehr an der Funktionsweise des Systems selbst, an dem daraus resultierenden Zwang für die Einzelkapitale zu kostengünstigster Produktion und Akkumulation. Wo irgend möglich müssen die Einzelkapitale bestrebt sein, menschliche Arbeit durch vergegenständlichte Arbeit – vorgängig produzierte Maschinen – zu ersetzen. „Mit der durch sie selbst produzierten Akkumulation des Kapitals produziert die Arbeiterbevölkerung also in wachsendem Umfang die Mittel ihrer eigenen relativen Überzähligmachung.“ (ebd.: 660) Produktivitätssteigerungen führen also nicht dazu, dass die Arbeiter

zunehmend von Arbeit frei, sondern dass sie ihre Arbeit los – arbeitslos – werden (vgl. Welteke 1976).

Die Beurteilung, was Rationalisierung konkret bedeutet, muss so zu einem ambivalenten Ergebnis führen: Zwar ermöglicht Rationalisierung eine Intensivierung der Produktion und schafft damit vergrößerte Spielräume für die Verteilung des Mehrprodukts – sei es in Form zusätzlicher Güter (A, B), sei es in Form „ersparter“ Arbeitsmühe (C, D). Unter kapitalistischen Produktionsbedingungen aber ist nicht nur der Antrieb zur Rationalisierung in der Funktionsweise des Systems institutionalisiert, sondern damit zugleich auch schon über die Art der Verwendung des (abstrakt) gesellschaftlichen Produktivitätsfortschritts mitentschieden. Der Zwang zu optimaler Kapitalverwertung bewirkt, dass die Produktivitätsfortschritte überwiegend „privat“ verwendet, also reinvestiert werden.

Zwar haben wir im Zwang zur Akkumulation unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen einen gewaltigen Motor gesellschaftlichen Produktivitätsfortschritts.

„Aber alle Methoden zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit, die auf dieser Grundlage erwachsen ... sind ... zugleich Methoden der Produktion von Kapital durch Kapital oder Methoden seiner beschleunigten Akkumulation.“ (Marx 1968: 653)

Dies ist die Crux des Produktivitätsfortschritts unter kapitalistischen Produktionsbedingungen: Dass sein Motor, die Akkumulation, nicht als gesellschaftlich beherrschbares Instrument, sondern als Angelpunkt des Systemfunktionierens selbst und damit als Selbstzweck, als Akkumulationszwang, institutionalisiert ist. Was bedeutet das für die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Lohnabhängigen?

Wir sehen deren Lage in zweierlei Hinsicht tangiert: Zum einen bleibt das Niveau der Lebensumstände der Lohnabhängigen hinter dem gesellschaftlichen Produktivitätsniveau zurück. Zum anderen bedeutet Rationalisierung tendenziell die Entstehung von Gegensätzen innerhalb der Lohnarbeiterschaft: Während ein Teil weiter – und intensiver – beschäftigt ist, wird ein anderer von der Teilnahme an der Produktion ausgeschlossen. Da aber die Teilhabe am gesellschaftlichen Output: Konsum, Freizeit von der Teilnahme am Input: Erbringung von Arbeitsleistung abhängt, kann nur jener Teil der Lohnabhängigen, der nicht freigesetzt wird, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität als Chance nutzen: aus gleichem Arbeitseinsatz mehr Nutzen zu ziehen. „Das eigentliche Problem des technischen und organisatorischen Wandels ist darin zu sehen, daß immer nur bestimmte Gruppen – in der Hochkonjunktur sind es relativ kleine, in der

Rezession dagegen außerordentlich große – Opfer für den Wohlstand der Mehrheit zu erbringen haben.“ (Friedrichs 1978: 25)

Es ist zu unterscheiden zwischen dem Effekt der Rationalisierung als solcher: der Verminderung der Notwendigkeit menschlichen Arbeitseinsatzes zur Produktion und den gesellschaftsspezifischen Folgen der Rationalisierung: Arbeitslosigkeit.

Weder geht es an, unbeschadet seiner konkreten gesellschaftlichen Auswirkungen in distanzloser Bewunderung des technischen Fortschritts zu verharren, noch darf man ihn als Bedrohung und Problemstifter sehen, da die Probleme sich ja nicht per se, sondern aus der spezifischen gesellschaftlichen Verfasstheit ergeben, innerhalb der technischer Fortschritt realisiert wird. Eine am Zwang zur Akkumulation orientierte technologische Entwicklung ist problematisch und weckt Wünsche nach inhaltlicher Kontrolle. Doch soll über den konkreten Problemen, die dies aufwirft, nicht der utopische Gehalt vergessen werden, den Technologie auch impliziert: Dass menschliche Arbeitsmühe auf Maschinen abgewälzt werden kann.

Rationalisierung bedeutet der Tendenz nach, dass die Güterproduktion vom menschlichen Arbeitseinsatz zunehmend unabhängig wird. Das verlangt als politische Konsequenz, Beschäftigungssystem und Versorgungs-(Verteilungs-)system zunehmend voneinander zu entkoppeln. Das heißt: Rationalisierung im historischen Maßstab birgt die Chance, dass es mehr und mehr obsolet wird, dass das einzelne Gesellschaftsmitglied nur nach Maßgabe seines Beitrags zum BSP an der Verwendung des BSP teilhaben kann. Vielmehr eröffnet sich die Möglichkeit, den gesellschaftlichen Reichtum immer weniger nach individueller Leistung und immer mehr nach individuellen Bedürfnissen zu verteilen. Diese Möglichkeit nutzbar zu machen ist eine politische Aufgabe. Es gilt, dies bei Überlegungen um ein mögliches „Recht auf Arbeit“ zu bedenken.

Das Parteiprogramm 1978 der Sozialistischen Partei Österreichs sieht im Recht auf Arbeit eines der „Grundrechte der sozialen Demokratie“ (SPÖ 1978: 53). „Der Grundwert der Arbeit ist bedroht“ (SPD Rhein-Neckar 1977: 235) konstatiert die SPD Rhein-Neckar, und die SPD Schleswig-Holstein empfiehlt folgerichtig „alle Kräfte anzuspannen, damit das Recht auf einen Arbeitsplatz für jeden verwirklicht wird“ (SPD Schleswig-Holstein 1977: 229). Dies sei zu fordern – heißt es –, „weil Arbeit für den einzelnen eine wichtige Möglichkeit ist, sich selbst zu verwirklichen und zur Entwicklung der Gesellschaft seinen Beitrag zu leisten. Und weil Arbeit für den Arbeitnehmer, fast immer die einzige Möglichkeit ist, sich eine ausreichende Existenzgrundlage zu schaffen.“ (ebd.: 227) Allein in der Bundesrepublik Deutschland sinkt die Zahl der

Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt häufig nicht einmal mehr unter eine Million. Dazu kommt wahrscheinlich noch eine erhebliche verdeckte Arbeitslosigkeit. Die Dauer der individuellen Arbeitslosigkeit wird tendenziell länger: Jugendliche, ältere Arbeitskräfte, Frauen und Ausländer sind von Arbeitslosigkeit samt ihren deprivierenden Wirkungen verstärkt betroffen.

Abhilfe zu schaffen tut Not. Aber heißt das unbedingt Arbeit zu beschaffen? In der Tat: „Arbeit ist die Existenzgrundlage menschlichen Lebens.“ Das gilt erst einmal in einem recht trivialen Sinn. Der Mensch ist zu seinem Überleben in irgendeiner Weise auf die Auseinandersetzung mit der Natur angewiesen. Der Mensch – darin selbst ein Stück Natur – stellt im Arbeitsprozess den für ihn existenz-notwendigen Zusammenhang mit der ihn umgebenden Natur her. „Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigene Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Die seiner Leiblichkeit angehörigen Naturkräfte, Arme und Beine, Kopf und Hand setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sein eignes Leben brauchbaren Form anzueignen.“ (Marx 1968: 192) An diesen simplen Tatbestand, dass der Mensch sich – zu aller Zeit – seine Existenz in der Auseinandersetzung mit der Natur zu sichern habe, knüpft unmittelbar Grundsätzliches: „Indem er durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur.“ (ebd.) Dies verweist auf den Anteil, den Arbeit an der Konstitution des Menschen als Gattung insgesamt hat: „Die Arbeit ist das Fürsichwerden des Menschen innerhalb der Entäußerung oder als entäußerter Mensch ... Selbsterzeugungs- oder Selbstvergegenständlichungsakt des Menschen.“ (Marcuse 1970: 13)

In so grundsätzlicher Bestimmung hat Arbeit einen anthropologischen und einen erkenntnistheoretischen Aspekt, die sich wechselseitig bedingen. Seine konstitutionelle Bedürftigkeit nötigt dem Menschen die Auseinandersetzung mit der Natur ab. Eben in dieser Auseinandersetzung entwickelt er Subjektivität und ein System von Vorstellungen, Kategorien – insgesamt: Erkenntnis, in der er die ihn umgebende Welt als Lebenswelt erfasst und sich selbst in diese Lebenswelt stellt: Selbstkonstitution des Menschen und Konstituierung seiner Umwelt als Lebenswelt finden prozesshaft statt und bedingen einander gegenseitig. Im Brennpunkt dieses Prozesses steht die im Fortschreiten der Gattungsgeschichte des Menschen zunehmend gesellschaftlicher werdende Auseinandersetzung des Menschen mit der ihn umgebenden Natur: Arbeit. Insofern ist „gesellschaftliche Arbeit als Synthesis des Menschen mit der Natur zu denken“ (Habermas 1973:

43). Im Begriff des Menschen als einem „lebensfähigen“ gesellschaftlichen Wesen ist Arbeit in diesem allgemeinen Sinne immer schon mit gesetzt.

An solch Allgemeines zu erinnern scheint aktuell notwendig. Arbeit ist „die Grundlage unseres Lebens. Ohne die Hände des Menschen und seine geistigen Kräfte gibt es keine menschliche Existenz und keinen gesellschaftlichen Reichtum.“ (SPD Rhein-Neckar 1977: 235) Man wird die Gültigkeit dieser Aussage allgemein vor dem Hintergrund des soeben Ausgeführten nicht bestreiten. Es fragt sich jedoch, ob solche Sätze, in der aktuellen Situation und als politische Absicht umgemünzt, ihre Gültigkeit sich erhalten.

Das Pathos der Grundsätzlichkeit, mit dem die Forderungen nach einem Recht auf Arbeit ansetzen, soll Dignität und Dringlichkeit des Anliegens verdeutlichen. Indes – das Pathos ist geliehen. Es stammt aus dem Kontext der Überlegungen um die Arbeit als einer anthropologischen Kategorie: Arbeit als Konstitutionsbedingung des Menschen. Dies wiederum hat politische Konsequenzen. Der pathetisch vorgetragene Arbeitsbegriff bleibt so allgemein, dass die konkreten gesellschaftlichen Bedingungen, auf die er sich beziehen muss, sobald er zum Inhalt einer politischen Forderung wird, nicht bedacht werden. Das aber ist gefährlich. Warum? Indem die Forderungen nach Sicherung eines Rechts auf Arbeit an Überlegungen zum Arbeitsbegriff auf der (oben skizzierten) allgemeinsten Ebene, ansetzen, leihen sie sich nicht nur unberechtigterweise deren Pathos. Die ernsthaft schädliche Konsequenz solcher Rhetorik ist, dass sie zwei Argumentationsebenen unzulässig verknüpft: An einen hochabstrakt und gesellschaftsunspezifisch gefassten Arbeitsbegriff werden Forderungen für eine sehr konkrete gesellschaftliche Situation geknüpft. Folge davon ist, dass im Effekt „Arbeit für alle“ gefordert wird, ohne Ansehung der gesellschaftlichen Bedingungen, denen sie hier und heute unterworfen ist. „Der Mensch ist geschaffen zur Arbeit, denn ohne Arbeit ist die Menschheit nicht imstande zu existieren und das menschliche Wissen zur höchstmöglichen Vollkommenheit zu bringen.“ (zit. nach Wendelmuth 1977: 209) Derartiger Purismus des 19. Jahrhunderts schwingt in den Forderungen nach einem Recht auf Arbeit noch heute mit. „... ohne Arbeit ist die Menschheit nicht imstande ... das menschliche Wissen zur höchstmöglichen Vollkommenheit zu bringen.“ – Abstrakt mag das sehr richtig sein, vor dem Hintergrund konkreter gesellschaftlicher (Arbeits-)Verhältnisse jedoch gerät solch eine Aussage in die Nähe von Zynismus. Zumindest aber ist es irreführend, einen derart abstrakten – das heißt: von den tatsächlichen Arbeitsbedingungen absehenden – Arbeitsbegriff in die politische Diskussion einzubringen. Denn einerseits befördert er durch das Pathos, das er sich leiht, eine Idolisierung der Arbeit (vgl. Seefranz 1978: 90).